

Kreisordnungs- und Straßenverkehrsamt

A14-03111-34f-SSchn

Eingang: _____

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 34 f Abs. 1 Gewerbeordnung (GewO)

**Antragsteller/in: Natürliche Person/Geschäftsführender Gesellschafter einer
Personengesellschaft (z.B.: GbR, OHG)**

1. Antragsteller/in

Familienname	Vorname
Geburtsname (nur bei Abweichung)	Geburtsdatum
Geburtsort	Staatsangehörigkeit
Anschrift derzeitiger Hauptwohnsitz (Straße, Hausnummer)	
PLZ	Ort
Telefon/Handy	E-Mail

Hauptwohnsitze in den letzten fünf Jahren (von – bis: Straße, Hausnummer, PLZ, Ort):

2. Angaben zum Unternehmen

2.1.

Ggf. Unternehmensbezeichnung bzw. im Handelsregister eingetragener Name mit Rechtsform (nur auszufüllen, soweit Eintragung vorliegt)		IHK Ident-Nr.
Handelsregistergericht und -nummer (nur auszufüllen, soweit Eintragung vorliegt)		
Straße, Hausnummer der Hauptniederlassung		
PLZ	Ort	
Telefon/Handy	E-Mail	

Gewerbliche Niederlassungen in den letzten fünf Jahren (von – bis, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort):

2.2. Stellen Sie eine/n Betriebsleiter/in ein oder wird eine Zweigniederlassung Ihres Betriebes von einem/einer Beauftragten geleitet?

Nein ☐

Ja ☐ Falls ja, bitte Name, Vorname und Wohnanschrift angeben:

3. Angaben zum Umfang der Erlaubnis

Beantragt wird die Erlaubnis als Finanzanlagenvermittler nach § 34 f Abs. 1 S.1 GewO für die Beratung und Vermittlung von

<input type="checkbox"/>	Nr. 1	Anteile oder Aktien an inländischen offenen Investmentvermögen, offenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen offenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen
<input type="checkbox"/>	Nr. 2	Anteile oder Aktien an inländischen geschlossenen Investmentvermögen, geschlossenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen geschlossenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen
<input type="checkbox"/>	Nr. 3	Vermögensanlagen im Sinne des § 1 Abs. 2 Vermögensanlagengesetzes

4. Angaben zu Zuverlässigkeit und Vermögensverhältnissen

4.1. Angaben zu anhängigen Straf-, Bußgeld- oder Gewerbeuntersagungsverfahren in den letzten fünf Jahren

Ist oder war gegen Sie oder den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten ein Strafverfahren anhängig?

☐ Ja ☐ Nein

Wird oder wurde gegen Sie oder den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung der Zweigniederlassung Beauftragten ein Bußgeldverfahren wegen Verstößen bei einer gewerblichen Tätigkeit betrieben?

☐ Ja ☐ Nein

Ist oder war gegen Sie oder den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten ein Gewerbeuntersagungsverfahren anhängig?

☐ Ja ☐ Nein

Wenn vorstehend ja, bei welcher Staatsanwaltschaft, welchem Gericht oder welcher Behörde?

4.2. Angaben zu den Vermögensverhältnissen

Ist über Ihr Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet

☐ Ja ☐ Nein

oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden?

☐ Ja ☐ Nein

Haben Sie eine eidesstattliche Versicherung abgegeben

☐ Ja ☐ Nein

oder liegt eine entsprechende Haftanordnung vor?

☐ Ja ☐ Nein

5. Angaben zum gewerberechtlichen Erlaubnisverfahren

Haben Sie bereits bei einer anderen Stelle einen Antrag auf Erlaubnis nach § 34 f Abs. 1 Satz 1 GewO gestellt?

Nein ☐

Ja ☐ Falls ja, bei welcher Stelle:

Sind Sie bereits im Besitz einer weiteren Erlaubnis zur Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit (z.B. nach §§ 34 c, 34 d, 34 e GewO) oder haben Sie eine solche Erlaubnis beantragt?

Nein ☐

Ja ☐ Falls ja, Erlaubnisart, Ausstellungsdatum und zuständige Stelle:

6. Erforderliche Unterlagen

Für die Bearbeitung des Antrages sind folgende Unterlagen erforderlich:

6.1. Polizeiliches Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde (Belegart OG)

- für den/die Antragsteller/in und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten

6.2. Auskunft aus dem Gewerbezentralregister zur Vorlage bei einer Behörde (Belegart 9)

- für den/die Antragsteller/in und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten

Hinweis: Beide Auskünfte sind bei der Wohnsitzgemeinde zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen, d.h. sie werden direkt an die Behörde übersandt. Es ist unerlässlich, dass Sie bei der Beantragung die genaue Anschrift der zuständigen Erlaubnisbehörde sowie den Verwendungszweck „Antrag auf Erlaubnis nach § 34 f Abs. 1 GewO“ angeben. Die Auskünfte dürfen nicht älter als drei Monate sein.

6.3. Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamtes

- für den/die Antragsteller/in und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten

Hinweis: Die Bescheinigung darf nicht älter als drei Monate sein.

6.4. Auszug aus dem Schuldnerverzeichnis beim Zentralen Vollstreckungsgericht erhältlich über ein automatisiertes Abrufverfahren unter: www.vollstreckungsportal.de

6.5. Bescheinigung über den Bestand einer Berufshaftpflichtversicherung für die natürliche Person sowie Personenhandelsgesellschaften, in denen diese tätig ist, nach § 34 f Abs. 2 Nr. 3 GewO, §§ 9 ff. FinVermV

6.6. Sachkundenachweis für Finanzanlagenvermittler durch Nachweis

- der erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34 f Abs. 2 Nr. 4 GewO, §§ 1 ff. FinVermV,
- einer gleichgestellten Berufsqualifikation gemäß § 4 der FinVermV

6.7. Auszug aus dem Handelsregister (soweit Eintragung vorliegt)

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Die erfragten personenbezogenen Daten werden zur weiteren Bearbeitung benötigt. Ihre Erhebung erfolgt gemäß § 13 Bundesdatenschutzgesetz, den einschlägigen landesrechtlichen Datenschutzvorschriften und des § 34 f GewO.

Ich versichere die Richtigkeit der vorstehenden Angaben.

Ort, Datum

Unterschrift

Datenschutz- und Einwilligungserklärung

Die Datenverarbeitung durch den Landkreis St. Wendel als Verantwortlicher im Sinne der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist für die Wahrnehmung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe erforderlich und erfolgt auf Grundlage von Art 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO. Alle erfassten Daten werden unter Berücksichtigung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen im Einzelfall nur so lange gespeichert, wie dies im jeweiligen Verfahren, für das sie erfasst wurden, notwendig ist. Jede Person kann gemäß Art. 14 Abs. 5 DSGVO Auskunft über ihre beim Landkreis St. Wendel gespeicherten Daten verlangen, ebenso wie deren Berichtigung, Löschung und eingeschränkte Verarbeitung. Sie kann der Datenverarbeitung widersprechen und hat ein Recht auf Datenübertragbarkeit.

Behördlicher Datenschutzbeauftragter:

Herr Christian Kaster

Mommstr. 21-31

66606 St. Wendel

Tel.: 06851/801-2500

E-Mail: c.kaster@lkwnd.de

Datenschutzaufsichtsbehörde bei Beschwerden wegen vermeintlicher Verletzung datenschutzrechtlicher Vorschriften:

Unabhängiges Datenschutzzentrum Saarland

Fritz-Dobisch-Straße 12

66111 Saarbrücken

Telefon: 0681/94781-0

E-Mail: info@datenschutz.saarland.de

Einwilligungserklärung

Ich bestätige die Kenntnisnahme der Datenschutzerklärung und willige in die Verarbeitung meiner im Antrag angegebenen personenbezogenen Daten für die oben genannten Zwecke, durch den Verantwortlichen, ein.

St. Wendel, _____
(Datum)

(Unterschrift)